

## „Wo steht Österreich in Europa?“

### Rede des Bundespräsidenten

#### vor der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik

am 28. April 2014

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede!

Gerne habe ich die Einladung der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und ihres Vorsitzenden angenommen, meine Sicht zu der Frage „Wo steht Österreich in Europa?“ darzulegen.

Ich beginne mit einigen wichtigen und nicht zu unterschätzenden historischen Faktoren.

Es ist ein Faktum, dass sich im Frühjahr 1914, also genau vor hundert Jahren, Gewitterwolken über Europa und daher auch über der österreichisch-ungarischen Monarchie zusammenzogen.

Wie ein Blitz – aber eben nicht aus heiterem Himmel – wirkte die Ermordung des Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand und seiner Gattin am 28. Juni 1914 in Sarajevo.

Die Europäischen Mächte waren konfus, irritiert und schwankend. Sie waren zugleich Antreibende und Getriebene.

Vier Wochen später entlud sich die Spannung im Stakkato von wechselseitigen Kriegserklärungen. Und vier Jahre später - also gegen Ende 1918 - waren etwa 9,5 Millionen Soldaten auf den Schlachtfeldern gefallen / und vier große Monarchien bzw. Imperien, nämlich Deutschland, Russland und Österreich-Ungarn sowie das Osmanische Reich lagen in Trümmern.

Österreich hatte den Krieg verloren, seine Staatsform verloren, ca. 87 % seines Territoriums verloren, etwa 88 % seiner Bevölkerung verloren und sogar den Glauben an sich selbst weitgehend verloren.

Gleichzeitig wurde auch sein außenpolitischer Spielraum durch den Vertrag von St. Germain und andere Faktoren dramatisch eingeschränkt. Die junge Republik hatte kaum zukunftstaugliche Optionen.

\*

20 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges – das ist etwa der Zeitraum von Österreichs EU-Beitritt bis heute – war Österreich von der Landkarte ausradiert und Teil des Großdeutschen Reiches.

Und ein Jahr später, am 1. September 1939, begann Hitler den Zweiten Weltkrieg. Dieser Zweite Weltkrieg forderte noch viel mehr Menschenleben als der Erste und war von unvorstellbarer Barbarei und Unmenschlichkeit – Stichwort Holocaust – begleitet.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs in Österreich wurde von weiten Teilen der Bevölkerung ganz anders empfunden als das Ende des Ersten Weltkrieges. Österreich wurde 1945 nicht zerstückelt, sondern als - wenn auch militärisch besetzter - demokratischer Staat mit unveränderten Grenzen wieder hergestellt.

Die Erleichterung über das Ende von Krieg und Diktatur war enorm.

Die Menschen hatten ein identitätsstiftendes Ziel vor Augen: Wiederaufbau, Demokratie und Frieden.

Eine große Bürde war freilich die reduzierte Souveränität Österreichs und die Belastung durch die Präsenz von vier Alliierten Besatzungsmächten.

Daher ist auch der Abschluss des Staatsvertrags im Mai 1955 und damit die Erlangung der vollen Souveränität so bejubelt worden.

Ein Staatsvertrag, der zwar nicht rechtlich, aber kausal mit der Neutralitätserklärung und dem Beitritt Österreichs zu den Vereinten Nationen verbunden war. Beides hat sich bewährt und ist zu einem festen Bestandteil unserer Außenpolitik geworden.

In weiterer Folge muss man dann vor allem die Jahre 1989 und 1995, also das Jahr des Falles des Eisernen Vorhangs und das Jahr des Österreichischen EU-Beitritts, zu den Schlüsseljahren unserer Geschichte hinzuzählen.

\*

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Österreich hatte die Zeit des Kalten Krieges relativ gut überstanden. Zwar waren wichtige Verbindungen und Handelsstränge in Teile der ehemaligen Monarchie durch den Eisernen Vorhang weitgehend blockiert, aber der wirtschaftliche Aufschwung in den westlichen Demokratien war so dynamisch und nachhaltig, dass man auch in Österreich die gesamte Periode vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Fall des Eisernen Vorhangs und der kommunistischen Diktaturen als Erfolgsgeschichte

bezeichnen kann – eine Erfolgsgeschichte, die sich nach 1989 unter veränderten Bedingungen fortsetzte.

Es war gelungen, die Teilung Europas in zwei Militärblöcke, aber auch die Teilung in Diktatur und Demokratie friedlich zu überwinden. Der Zerfall Jugoslawien war ein anderes Kapitel.

In dieser Phase, die so viel in Europa veränderte, stand Österreich vor der Entscheidung, ob ein EU-Beitritt nunmehr in Angriff genommen werden sollte. Diese Frage wurde bejaht.

Bei der Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 über Österreichs EU-Beitritt entfielen 66,6% der gültigen Stimmen auf ein JA zur österreichischen EU-Mitgliedschaft und 33,4% auf ein NEIN. Die Beteiligung bei der Volksabstimmung lag bei 82% (!).

Ich denke übrigens, dass sich an der Größenordnung von etwa zwei Drittel EU-Befürwortern und einem Drittel EU-Gegnern in den seither vergangenen 20 Jahren nichts Wesentliches geändert hat. Vielleicht ist die Zahl der EU-Skeptiker und der Schwankenden größer geworden. Aber die Zahl der Befürworter eines Austritts von Österreich aus der EU liegt jedenfalls nach wie vor und weitgehend konstant unter 33%, bei den Jüngeren sogar unter 20%.

Junge Menschen schätzen ganz besonders die Freizügigkeit bzw. Reisefreiheit in der EU und

in der Eurozone die gemeinsame Währung.

Jährlich nutzen fast 6000 österreichische Studierende die Möglichkeiten des Erasmus-Programmes, an Universitäten in anderen EU-Ländern zu studieren und ihre Ausbildung zu internationalisieren.

Österreichische Forscherinnen und Forscher haben seit 2007 fast eine Milliarde Euro aus den Forschungsrahmenprogrammen der EU lukriert.

Die Unterstützung strukturschwacher Gebiete und einer qualitätsorientierten Landwirtschaft ist auch Österreich stark zugute gekommen.

Von weiteren wirtschaftlichen Resultaten wird noch später die Rede sein.

Anrede!

Im Grunde stecken im Konzept der Europäischen Integration drei Grundgedanken:

1. Das erfolgreiche Friedenskonzept - das ich im Lichte der historischen Fakten nicht näher erläutern muss - ist ein Leitmotiv. Es ist im wahrsten Sinne des Wortes unbezahlbar.

2. Die Europäische Integration ist eine vernünftige Antwort auf die Gefahren und Verirrungen eines ungesunden und unverbesserlichen Nationalismus, der nicht nur ein wesentlicher Bestandteil des Nationalsozialismus sowie anderer totalitärer Ideologien war und ist, sondern auch mit den Menschenrechten zwangsläufig in Konflikt geraten muss. Denn wenn man die eigene Nation bzw. Rasse als höherwertig betrachtet und in logischer Konsequenz andere Nationen oder Hautfarben als minderwertig, dann kommt man zwingend in Widerspruch zum Kernsatz der Menschenrechtsdeklaration wonach alle Menschen gleich an Rechten und Würde geboren sind und einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen sollen. Mit anderen Worten: Radikaler Nationalismus steht im Gegensatz zu den universellen Menschenrechten und umgekehrt.

Wir bekennen uns mit großem Nachdruck zum Prinzip der Gleichwertigkeit aller Menschen!

Das schließt übrigens einen vernünftigen, heimatverbundenen Patriotismus nicht aus, der aber nie auf Fremdenfeindlichkeit und Herabwürdigung anderer Nationen oder anderer Kulturen beruhen darf.

Der 3. Punkt sind die ebenso rasanten und tiefreichenden europäischen und globalen Veränderungen.

Man muss den Kopf schon sehr tief in den Sand stecken, um die gravierenden Entwicklungen der letzten 50 Jahre zu übersehen, oder sie zwar zu sehen, aber keine Konsequenzen daraus zu ziehen.

Einige Zahlen:

- Vor 50 Jahren kam fast ein Drittel des weltweiten Bruttonationalproduktes aus Europa.

Derzeit sind es etwa 18,4%.

- Vor 50 Jahren lebten ca. 13% der Weltbevölkerung in Europa.

Heute sind es 7%.

Und wenn wir uns ganz speziell auf Österreich beziehen: Österreich hat heute nur etwas mehr als 1 Promille der Weltbevölkerung und 1,7% der Bevölkerung der Europäischen Union.

Mehr denn je brauchen wir daher Partner in Europa und in aller Welt und zu diesem Zweck eine weltoffene Politik!

Wir sind – ob wir es wollen oder nicht – mit tausend Fäden in die Weltwirtschaft und erst recht in die europäische Wirtschaft und Gesellschaft integriert. Und wir haben das Recht und die Pflicht, das Beste daraus zu machen.

Allein in den letzten 20 Jahren, also seit Österreichs EU-Beitritt, hat sich der Welthandel fast verdreifacht. Da wäre der Versuch eines österreichischen Alleinganges, also der Verzicht auf einen gleichberechtigten Zugang zum Europäischen Markt – und nicht zuletzt mit Hilfe der EU zu den Weltmärkten – kein guter Dienst an der österreichischen Bevölkerung.

Anrede!

Wie wirkt sich das alles auf unsere Haltung bei konkreten außenpolitischen Fragen aus?

Wo stehen wir bei Konfliktthemen?

Ich darf versuchen, dazu an Hand einiger aktueller Beispiele Stellung zu nehmen.

1. Der Fall des Eisernen Vorhangs hat uns aus einer asymmetrischen Nachbarschaftspolitik befreit. Wir haben heute acht Nachbarstaaten rund um unser Staatsgebiet und mit allen von ihnen ausgezeichnete Beziehungen.

Von unserem Gesamtexportvolumen von ca.140 Mrd. Euro gehen 72 % in die Europäische Union und 28 % in den Rest der Welt. Das ist ein deutliches Zeichen, welche Bedeutung die Europäische Union wirtschaftlich für uns hat.

Von den Exporten in die EU gehen wiederum mehr als zwei Fünftel nach Deutschland und etwas weniger als drei Fünftel verteilen sich auf alle anderen 26 EU-Staaten.

Wenn wir Einzelstaaten oder Regionen als Exportdestinationen näher betrachten, dann liegt Deutschland mit 30% unserer Gesamtexporte an der Spitze - das ist also

mehr als in sämtliche Staaten auf allen fünf Kontinenten außerhalb der EU - gefolgt von Italien mit 6,5 % und den USA mit 5,6%.

Auf die Schweiz entfallen 5,0%, auf Frankreich 4,7% auf die Russische Föderation 2,8%, auf China 2,5% und auf ganz Afrika rund 1%.

Daraus ist - ich darf es wiederholen - mit aller Klarheit ersichtlich, wie wichtig unsere Europapolitik und besonders unsere Nachbarschaftspolitik auch und gerade unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist.

Es gibt auch erfreuliche Resultte:

Unsere historischen Probleme mit Deutschland oder Italien sind sauber aufgearbeitet. Der vertragliche Status der deutschsprachigen Minderheit in Italien ist so, dass in vielen Teilen der Welt, wo es Minderheitenprobleme gibt, das Modell Südtirol als Musterbeispiel für eine gute Minderheitenregelung betrachtet wird. Und ein unangenehmes, beinahe traumatisches Problem im Verhältnis zu Slowenien, nämlich die ungelöste Ortstafelfrage in Kärnten, wurde ebenfalls einer Lösung zugeführt.

Die Tatsache, dass es in Ungarn derzeit ein Wahlrecht gibt, das viele als Wahlunrecht empfinden, weil eine wahlwerbende Partei mit ca. 45% der Stimmen eine 2/3-Mehrheit an Mandaten bekommt, während drei Parteien mit zusammen 51% der Stimmen nur 1/3 der Mandate erhalten ist zwar mit unserem Demokratieverständnis nicht vereinbar, ändert aber nichts daran, dass wir die Beziehungen zu unserem Nachbarland Ungarn nach wie vor als eng und hochentwickelt betrachten.

2. Eine besondere Priorität unserer Außenpolitik ist aus historischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gründen der westliche Balkan.

Diese Region hat eine lange konfliktreiche, wechselvolle Geschichte hinter sich.

Die Existenz des multinationalen Staates Jugoslawien von 1945 bis 1991 war vor dem geschichtlichen Hintergrund ein vernünftiges Projekt, das aber letzten Endes seinen inneren Widersprüchen und seinem Demokratiedefizit zum Opfer fiel.

Die Europäische Union bietet nunmehr eine zweite, bessere Chance für ein friedliches Nebeneinander und Zusammenwachsen verschiedener Nationalitäten in dieser Region.

Österreich unterstützt daher die Annäherungs- und Beitrittsbemühungen dieser Staaten. Kroatien hat den Beitritt im Vorjahr geschafft, andere arbeiten erfolgreich an

der Verwirklichung ihrer europäischen Perspektive, wobei sich aber Bosnien offenbar besonders schwer tut.

Im Sinne unserer positiven Einstellung zu dieser Region ist Österreich dort auch wirtschaftlich sehr engagiert.

Wir sind in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Serbien der größte ausländische Investor und in Mazedonien der zweitgrößte Investor.

3. Ein besonders aktuelles und schwieriges Thema ist die Entwicklung in der Ukraine.

Die Ukraine hat – wie wir alle wissen – jahrhundertealte enge Beziehungen zu Russland, die im Ostteil des Landes besonders stark ausgeprägt sind, will aber als selbständiger Staat auch an der wirtschaftlichen Dynamik der EU und ihrem Gesellschaftsmodell partizipieren – eine Tendenz, die vor allem im Westen der Ukraine ausgeprägt ist.

Eine ausschließliche Bindung an eine der beiden Seiten dürfte aber wenig Chancen auf Konsens im ganzen Land haben.

Weder die Vorgänge, die sich vor dem Sturz von Präsident Janukowitsch in der West-Ukraine und auf den Maidan abgespielt haben, noch die Vorgänge, die sich seit dem Sturz von Janukowitsch in Teilen der Ostukraine abspielen, verdienen einen demokratiepolitischen Schönheitspreis – man könnte das auch wesentlich schärfer formulieren.

Man kann zwar die Entwicklungen vor und nach dem Sturz von Janukowitsch nicht gleichsetzen, aber ich behaupte, dass die Probleme, die der Ukraine zu schaffen machen, eindeutig zwei Seiten haben, von denen man nicht willkürlich die eine oder die andere Seite ausblenden kann, und wo man mit Schuldsprüchen und Freisprüchen und ganz besonders mit Säbelrasseln vorsichtig sein muss.

Eine dauerhafte Lösung für diese komplexe Situation kann nur durch Verhandlungen gefunden werden, die von ukrainischer Seite von einem durch einwandfreie Wahlen legitimierten Präsidenten und eine ebenfalls demokratisch legitimierte Regierung geführt werden.

Es ist vernünftig, in solche Verhandlungen auch die EU und Russland, als besonders wichtige und betroffene Nachbarn, einzubinden / und ein wichtiges Thema – neben allen ökonomischen Fragen – wäre eine Staatsreform mit dem Ziel, die verschiedenen Regionen bestmöglich in die Willensbildung einzuschalten.

Solche Verhandlungen sind durch die auch nach österreichischer Auffassung völkerrechtswidrige Annexion der Krim sicher erschwert worden, weil das Misstrauen verschiedener Staaten in dieser Region aber auch anderer Staaten dadurch deutlich gewachsen ist. Dennoch gibt es dazu keine sinnvolle Alternative. Und auch die Verhaftung von Mitgliedern einer OSZE-Delegation geht gar nicht – um Angela Merkel zu zitieren.

Was mir immer wieder - auch jetzt bei der Beobachtung der krisenhaften Entwicklung rund um die Ukraine – auffällt, ist die Tatsache, dass in solchen Situationen die Tendenz zur Zuspitzung, zur Einseitigkeit und zur Polarisierung scheinbar unaufhaltsam zunimmt.

Die Geschichte lehrt uns doch und auch die Vernunft sagt es, dass wir das genaue Gegenteil brauchen, nämlich Augenmaß, die Fähigkeit die Situation auch mit den Augen des Gegenübers zu betrachten und die Kraft zu vernünftigen Kompromissen. Wenn sich die Ukraine nach Abwägung aller Gesichtspunkte aus eigener Überzeugung zum Status eines neutralen oder blockfreien Landes entschließen könnte, würden vermutlich manche Ängste und strategische Befürchtungen wegfallen und damit auch eine Stabilisierung erleichtert werden.

[Man sollte auch nicht völlig aus dem Gedächtnis streichen, dass es nach dem Fall der Berliner Mauer und im Zuge der Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands nach russischen Quellen mehrfache Zusagen an die damalige Sowjetunion gegeben hat, die NATO nicht weiter nach Osten auszudehnen. Das soll besonders deutlich in einem Gespräch der Fall gewesen sein, das Bundeskanzler Helmut Kohl am 10. Februar 1990 mit Michail Gorbatschow geführt hat und das gilt auch für ein Gespräch zwischen dem damaligen britischen Premierminister John Major und dem damaligen sowjetischen Verteidigungsminister Dmitri Jasow vom 6. März 1991.

Auch im zweiten Band der Memoiren von Helmut Kohl finden sich Hinweise, dass in Gesprächen mit Gorbatschow Verständnis für die diesbezüglichen Sorgen der Sowjetunion gezeigt wurde].

Anrede!

4. Für Österreich ist seit langem ein weiteres Thema wichtig, das seinen Brennpunkt außerhalb Europas hat, aber dennoch mit großer Intensität auf



Europa einwirkt und Europa beschäftigt. Ich meine den Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern.

Vor wenigen Wochen gab es einen sehr erfolgreichen und harmonischen Staatsbesuch von Präsident Shimon Peres in Österreich. Man hat im Gespräch mit Shimon Peres, aber auch im Gespräch mit Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas, mit dem ich knapp vor dem Peres-Besuch telefoniert habe, den Eindruck, die beiden Präsidenten könnten sich über diesen seit Jahrzehnten existierenden, schweren und existenziellen Konflikt durchaus einigen, wenn sie alleine zu entscheiden hätten. Aber sie haben nicht alleine zu entscheiden.

Und der Verlauf der Friedensverhandlungen der letzten Jahrzehnte hat beträchtliche Ähnlichkeit mit der Sage von Sisyphos. Immer wenn der schwere Stein einer Friedenslösung unter größten Mühen den steilen Hang des Friedensprozesses hinauf gerollt wurde und nur mehr das allerletzte kleine Stück zu bewältigen ist, stürzt er aus irgendeinem Grund wieder zum Ausgangspunkt hinab.

In einer solchen Situation sind wir gerade auch jetzt wieder.

Ist das nicht absurd?

Es ist doch nicht zu leugnen, dass Israel militärisch vielfach stärker ist als die palästinensische Seite und dass sich große Teile der palästinensischen Bevölkerung und der palästinensischen Jugend in einer wirklich schlimmen, trostlosen und perspektivlosen Situation befinden.

Besonders wenig überzeugend scheint mir die jüngste Sistierung der Verhandlungen von Seiten Israels mit dem Hinweis auf den Versuch der Bildung einer gemeinsamen Regierung von PLO und Hamas. Wenn man immer gesagt hat, dass die Glaubwürdigkeit der Anerkennung Israels und die Glaubwürdigkeit einer Friedenslösung davon abhängt, dass sie nicht nur von der PLO getragen wird, sondern für alle Palästinenser Gültigkeit haben muss, dann ist die Einbindung der Hamas in eine PLO geführte Regierung meines Erachtens ein Schritt in die richtige Richtung und nicht ein Grund Verhandlungen zu sistieren.

Es ist ja nicht die PLO einer Hamas-Regierung beigetreten, sondern es soll die Hamas einer PLO-Regierung beitreten und entscheidend kann wohl nur sein, wie das Ergebnis der Verhandlungen der Vertreter Israels mit den Vertretern der Palästinenser aussieht.

Als österreichischer Bundespräsident möchte ich beide Seiten, ganz besonders aber Israel als den militärisch und wirtschaftlich stärkeren Teil dieser Auseinandersetzung

bitten, an die Jugend Israels und an die Jugend der Palästinenser zu denken und Schritte zu setzen, die den Friedensprozess diesmal eben nicht scheitern lassen. Die EU würde auf einen Erfolg dieses Prozesses in sehr positiver und solidarischer Weise reagieren. Die Situation wird in zehn Jahren nicht einfacher sein als heute und das schändliche Phänomen des Terrorismus wird nicht von selbst verschwinden, sondern es bedarf einer Politik, die dem Terrorismus die Wurzeln entzieht.

5. Was den Iran betrifft, ist es meines Erachtens vernünftig, die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zu unterstützen, die darauf abzielen, ein Abkommen zu erreichen, welches in verifizierbarer Weise sicherstellt, dass der Iran keine Atomwaffen produzieren kann und wird.

Der Iran ist ein Land mit einer alten Kultur und je mehr er in die Völkergemeinschaft und in den internationalen Gedankenaustausch als Nichtatommacht eingebunden ist, umso mehr kann sich vor allem in der jüngeren Generation eine moderne und weltoffene Denkungsart durchsetzen und umso größer ist die Chance auf eine langfristig friedliche Entwicklung. Diesem Ziel dient auch der aktuelle Besuch unseres Außenministers und in diesem Sinne bereite ich mich auch auf eine Reise in den Iran vor, deren Termin noch zu vereinbaren ist.

Anrede!

Ein fixer Punkt in der österreichischen Außenpolitik ist auch unsere bald 60-jährige Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Die Tätigkeit dieser Institution ist weltweit, aber die Themen, die in den Vereinten Nationen verhandelt werden – teilweise auch in Wien – haben natürlich auch auf Europa und auf Österreich starke Auswirkungen. Zum Beispiel beteiligt sich Österreich mit gutausgebildeten Soldaten aktiv an internationalen Friedensmissionen. Derzeit befinden sich rund 800 österreichischen Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz, womit Österreich der achtgrößte Truppensteller aller EU-Staaten bei Friedensmissionen ist. Ab September 2014 wird Österreich sein Kontingent bei EUFOR/ALTHEA in Bosnien verstärken und dadurch werden ab Herbst des heurigen Jahres rund 1070 österreichische Soldaten im Friedenseinsatz im Ausland stehen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich die guten Leistungen des Österreichischen Bundesheeres im Rahmen internationaler Missionen hervorheben, wie ich überhaupt

seit meinem Amtsantritt viele positive Seiten am Österreichischen Bundesheer, das wir als Instrument zur Friedenserhaltung betrachten, kennen gelernt habe. Das österreichische Bundesheer verdient für seine Leistungen Anerkennung und Wertschätzung!

Anrede!

Ende Mai finden Wahlen zum Europaparlament statt und auch in diesem Zusammenhang ist es sinnvoll und berechtigt die Frage zu stellen: Wo steht Österreich in Europa?

Wenn man die wirtschaftliche und soziale Situation der EU-Mitgliedsländer auf einer Skala zwischen 0 und 100 bewertet, wird man kein einziges Land finden, das 100 Punkte auch nur annähernd erreicht. Es gibt eben keine Insel der Seligen - weder innerhalb noch außerhalb Europas - und schon gar nicht in Zeiten einer Wirtschaftskrise, auch wenn deren Höhepunkt vermutlich bereits hinter uns liegt. Dennoch kann man sagen, dass sich Österreich bei vielen Messgrößen im Spitzenfeld Europas befindet.

Das österreichische Bruttoinlandsprodukt lag 2013 kaufkraftbereinigt pro Kopf bei etwa 33.400 Euro. Damit liegen wir unter den 28 EU-Staaten an 3. Stelle, und zwar noch vor Deutschland, oder den Skandinavischen Staaten.

Die Arbeitslosenrate in Österreich ist sicher zu hoch – aber niedriger als in allen 27 anderen EU-Staaten.

Made in Austria liegt auch im Wettbewerb mit Made in Germany oder Made in Switzerland gut im Rennen.

Auch im kulturellen Bereich und als Tourismusdestination stehen wir in Europa – und auch über Europa hinaus – gut da.

Unsere Staatsverschuldung lag 2013 allerdings bei 75% des Bruttoinlandsproduktes und wird aus Gründen, die wir alle kennen, heuer voraussichtlich bis knapp unter 80% ansteigen.

In Deutschland lag die Staatsverschuldung 2013 bei 78,4% des BIP, in Frankreich bei 93,5%, aber in Schweden bei bemerkenswerten 40,6%.

\*

Bedauerlich und kritikwürdig ist zweifellos, dass wir uns bei einer angemessenen und unseren eigenen Zielsetzungen gerecht werdenden Dotierung der Entwicklungszusammenarbeit so schwer tun.

Für Österreich lag der Anteil der EZA-Mittel in den Jahren 2012 und 2013 jeweils bei 0,28% des Bruttonationaleinkommens – also weit entfernt von der Zielsetzung von 0,7% - und wird voraussichtlich auch 2014 nicht steigen. Demgegenüber haben fünf andere EU-Staaten das 0,7%-Ziel bereits erreicht. Eine Trendwende in Österreich nach oben wäre ganz wichtig, ein weiteres Absinken absolut unverzeihlich.

Wir dürfen auch Schwachstellen nicht übersehen.

Und wir müssen insbesondere die soziale Komponente im europäischen Integrationsprozess angemessen berücksichtigen. Denn nur eine soziale Union kann auf Dauer eine stabile Union sein.

Ich habe Respekt für all jene, die in bester Absicht mehr Elan oder neue Wege in jenen Bereichen fordern, wo wir nur durchschnittlich oder sogar unter dem Durchschnitt liegen; ich betrachte das sogar als ausgesprochen hilfreich.

Aber ich möchte, dass im Gesamturteil die Proportionen stimmen und die Relationen nicht verloren gehen.

Auf die Frage, wo steht Österreich in Europa, kann man jedenfalls zusammenfassend sagen, dass Österreich sich eine beachtliche Position erarbeitet hat. Dieser Eindruck festigt sich, wenn man andere europäische Länder besucht oder genau beobachtet.

Und er festigt sich erst recht, wenn man das Österreich der Gegenwart mit dem Österreich der Vergangenheit – also der Ersten Republik oder der Nachkriegszeit vergleicht.

Es ist allerdings eine Position, die abgesichert, weiterentwickelt und zukunftsfit gemacht werden muss. Es darf kein Ausruhen auf den Erfolgen von Gestern geben.

Anrede!

Ich kenne die Sorge mancher an der österreichischen Außenpolitik Interessierter, dass die Einbindung unseres Landes in eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik den außenpolitischen Spielraum der Republik Österreich reduziert oder einengt.

Ich kann diese Sorge bei einer gesamthaften Betrachtung aber nicht teilen.

Es liegt zwar in der Natur der Sache, dass die für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik notwendige Gruppenloyalität den Spielraum für Sonderwege einzelner Mitglieder oder Sonderinitiativen einschränkt.

Dem steht aber sehr gewichtig gegenüber, dass Österreich durch unsere Mitgliedschaft in der EU mit Sitz und Stimme in wichtigen Institutionen und Gremien vertreten ist, dort bei vielen Fragen mitreden und mitstimmen kann, die für uns wichtig sind, die aber vor dem österreichischen EU-Beitritt unserem Einfluss weitgehend oder völlig entzogen waren.

Freilich müssen diese Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten auch aktiv genutzt werden.

Österreich als Land ohne koloniale Vergangenheit, als Gastland wichtiger internationaler Organisationen, als aktives und geachtetes Mitglied der Vereinten Nationen, mit einem konsequenten Eintreten für Menschenrechte und weltweite Abrüstungspolitik, ist jedenfalls gut dafür gerüstet, unsere Erfahrungen und unsere Tradition einer aktiven Neutralitäts- und Friedenspolitik in die europäische Außenpolitik einzubringen.

Ein Stimmengewirr von 28 Solostimmen trägt nicht zur Stärkung der EU oder zur Bewältigung internationaler Krisen bei, aber auch nicht zur besseren Durchsetzung österreichischer Interessen.

Einem solidarischen und weltoffenen Europa stehen hingegen viele Türen offen.

Anrede!

In den Institutionen der EU wird es im heurigen Jahr gravierende Veränderungen geben. Am 25. Mai wird das Europäische Parlament neu gewählt; es wird sich logischerweise neu zusammensetzen und auch einen neuen Präsidenten wählen. In den auf die Wahlen des EU-Parlaments folgenden Monaten wird es auch einen neuen Präsidenten oder eine Präsidentin der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates geben.

Es wird darüber hinaus zahlreiche neue Mitglieder in der EU-Kommission und voraussichtlich auch eine neue oder einen neuen hohen Repräsentanten als EU-Außenminister/in geben.

Jede einzelne dieser Personalentscheidungen ist auch für uns von großer Bedeutung.

In diesem Personenpuzzle gibt es in Bezug auf regionale Ausgewogenheit, in Bezug auf die Bedachtnahme auf die Größe der einzelnen Mitgliedsstaaten, in Bezug auf Ausgewogenheit zwischen Männern und Frauen etc. zahlreiche Varianten.

Aber eines muss eine fixe Größe sein: Die Notwendigkeit einer Auswahl des Spitzenpersonals der EU nach Qualität und Qualifikation. Davon / aber auch von der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments wird in den nächsten fünf Jahren viel abhängen. Die Kritik daran, dass sich Demokratie auf EU-Ebenen nur langsam entfalten kann und auf viele Hindernisse stößt ist nicht unberechtigt.

In dieser Situation aber weniger Rechte für das Europäische Parlament zu fordern, ist absurd.

Ein starkes Europäisches Parlament, das auch gegenüber der Europäischen Kommission und gegenüber anderen europäischen Institutionen ein wachsendes Gewicht hat und ein Korrektiv sein kann, wird der europäischen Idee und der europäischen Demokratie helfen. Und wir können dem Europäischen Parlament mit einer guten Wahlbeteiligung helfen.

Herr Vorsitzender!

Zusammenfassend kann man sagen: Das gemeinsame Europa wächst und nimmt Gestalt an.

Wie wir uns in diesem gemeinsamen Europa bestmöglich einrichten, ist Aufgabe unserer Politik.

Diese Aufgabe wird nicht leichter, wenn wir die Europäische Union schlecht machen oder wenn wir Brüssel für ungelöste Probleme in Österreich verantwortlich machen. Jedenfalls schafft uns der europäische Integrationsprozess nicht nur ein gemeinsames Dach der Sicherheit und Zusammenarbeit über dem Kopf, sondern hilft uns auch das europäische Menschenbild mit Leben zu erfüllen und europäische Interessen gemeinsam zu vertreten.

Unsere finale Aufgabe ist es, daher den nächsten Generationen in Europa die Grundlagen dafür zu schaffen, ihre gemeinsame Zukunft nach ihren Idealen und nach ihren Wünschen friedlich und bestmöglich zu gestalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!